



Pressemeldung

Aachen, Bonn, Essen, München, Stuttgart, Wuppertal, Manila / 19. März 2009

Vom 12. bis 18. März 2009 hielt sich eine achtköpfige Delegation des „Aktionsbündnis Menschenrechte – Philippinen“ zu Gesprächen in Manila auf. Ziel der Gespräche war es, herauszufinden, in wie weit die Empfehlungen an die philippinische Regierung aus mehreren internationalen Berichten zur Beendigung von politischen Morden und erzwungenem „Verschwindenlassen“ umgesetzt werden. Je nach Quelle sind auf den Philippinen seit Amtsantritt der Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo im Jahr 2001 zwischen 100 und 800 Gewerkschafter, Umweltschützer, Anwälte, Journalisten und Menschenrechtsaktivisten umgebracht worden. Insbesondere der Bericht des UN Sonderberichterstatters gegen extralegale Hinrichtungen, Philipp Alston, aus dem Jahr 2007 sowie die Empfehlungen des UN-Menschenrechtsrates 2008 hatten für internationale Aufmerksamkeit gesorgt.

Die Delegation traf sich u.a. mit den Menschenrechtsbeauftragten von Polizei und Militär, mit Vertretern des Justizministeriums, Kongress und Senat, der philippinischen Menschenrechtskommission, mit Kirchenvertretern sowie mit Vertreterinnen und Vertretern aus der Zivilgesellschaft sowie mit Familienangehörigen von Opfern.

Zwar sind nach Erkenntnis der Delegation durchaus erste wichtige Schritte zur Beendigung der politischen Morde zu erkennen. So wurden z.B. innerhalb von Polizei und Militär inzwischen Menschenrechtsbüros eingerichtet. Sie sind bemüht, das Verständnis innerhalb der eigenen Institution für Menschenrechte zu verbessern. Unklar blieb für die Delegation jedoch, inwieweit diese Institutionen einen nennenswerten Einfluss auf die Aufklärung einzelner Fälle haben. „Die vorliegenden Fälle müssen unabhängig und zügig untersucht und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden – und zwar nicht nur die unmittelbaren Täter, sondern auch diejenigen, die an oberer Stelle die Verantwortung tragen“, so Philipp Bück vom Philippinenbüro und Koordinator der Delegationsreise.

Positiv hob die Delegation vor allem die Initiativen der philippinischen Menschenrechtskommission, des Obersten Gerichtshofes sowie des Menschenrechtsausschusses des Repräsentantenhauses hervor.

Doch die Herausforderungen sind nach wie vor vielfältig. Besorgnis erregend ist vor allem die Tatsache, dass zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen schwerwiegender Verbrechen bezichtigt werden, die eine Freilassung auf Kautions ausschließen. Die Anklagen scheinen in vielen Fällen politisch motiviert. Leila de Lima, Anwältin und Vorsitzende der philippinischen Menschenrechtskommission, sprach der Delegation gegenüber von einer „Offensive mit juristischen Mitteln“ gegenüber Organisationen, die tatsächlich oder auch nur vermeintlich mit der Kommunistischen Partei der Philippinen (Communist Party of the Philippines – CPP) in Verbindung stehen. Aufgrund der Mauer des Schweigens, die die Fälle von „Verschwindenlassen“ und die politischen Morde in der Regel umgibt, ist und bleibt die detaillierte Beweisführung oft schwer. Hier hilft der „Writ of Amparo“ ein Stück weiter. Er berechtigt unter bestimmten Bedingungen Angehörige und Opfer-Vertreter, von den Behörden Auskunft über den Verbleib der Vermissten zu erlangen. Viele der Gesprächspartner der Delegation forderten eine Stärkung dieser Mechanismen und vor allem ein effektives Zeugenschutzprogramm.

Die Europäische Union hat der philippinischen Regierung Rechtshilfe bei der Bekämpfung der politischen Morde zugesagt. Die „EUJAM“ (EU Justice Assistance Mission) kann nach Überzeugung der Delegation einen wichtigen Beitrag zur Lösung der Probleme leisten. „Sie wird hoffentlich bald voll funktionsfähig sein“, so Dieter Zabel von Missio München. „Wir hoffen auf die zügige Fertigstellung und Verabschiedung der Richtlinien und Vereinbarungen, damit EUJAM die Arbeit aufnehmen kann.“

Die Ergebnisse der Delegationsreise werden in Kürze in Deutschland sowie weiteren europäischen Ländern und auf den Philippinen veröffentlicht werden.

Das Aktionsbündnis Menschenrechte Philippinen wurde im August 2007 gegründet. Mitgliedsorganisationen sind: Diakonisches Werk / Brot für die Welt, Evangelischer Entwicklungsdienst (EED), Misereor, Missio München, das Philippinenbüro und die Vereinte Evangelische Mission (VEM). Über seine Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit will das Aktionsbündnis in Deutschland und Europa auf die Menschenrechtssituation in den Philippinen aufmerksam machen. Schwerpunkt der Arbeit sind die zahlreichen politischen Morde und das erzwungene „Verschwinden“ von Menschen auf den Philippinen. Adressaten der regelmäßigen Veröffentlichungen und der Lobbyarbeit des Aktionsbündnisses sind politische Entscheidungsträger in Deutschland und Europa, Menschenrechtsorganisationen, interessierte Einzelpersonen sowie die Medien.